

Bildung APA



Drei Viertel wünschen sich mehr öffentliche Mittel für die Kinderbildung © APA (dpa)

Kosten und Öffnungszeiten größte Probleme bei Kinderbetreuung

23.01.2020

Wien (APA) - Die Kombination aus Elternsein und Berufstätigkeit ist für viele Erwachsene ein Balanceakt. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Kinderbetreuung: Je besser sie ausgebaut ist, desto leichter ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine Umfrage der Arbeiterkammer (AK) zeigt, dass Eltern trotz Zufriedenheit noch Aufholbedarf sehen - etwa wegen hoher Kosten und mangelnder Öffnungszeiten.

Unter dem Titel "Kind & Job - Wie schaffen Sie das?" haben ÖGB und AK bereits im Herbst 2018 eine Online-Befragung zum Thema Kinderbetreuung und schulische Nachmittagsbetreuung durchgeführt. Inhalt der Befragung waren die Zufriedenheit mit dem Angebot der Kinderbetreuung (Krippe, Kindergarten, schulische Nachmittagsbetreuung, Tageseltern etc.) und der Wunsch nach Verbesserungen in diesem Bereich. Außerdem wurden die Eltern gefragt, wie sie die Angebote einschätzen und bewerten und welche Verbesserungen sie sich für diesen Bereich wünschen. An der österreichweiten Online-Befragung nahmen rund 3.500 Personen teil.

18 Prozent nehmen keine Betreuung in Anspruch

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass es trotz Zufriedenheit in vielen Bereichen einige zentrale Problemfelder gibt. Knapp 18 Prozent der Eltern, die an der Befragung teilgenommen haben, nehmen keine Betreuung in Anspruch. Zwei Drittel davon verzichten jedoch nicht freiwillig darauf, sondern entweder wegen der Höhe der Kosten (26 Prozent), der mangelhaften Öffnungszeiten (24), dem fehlenden Angebot (14) oder der mangelnden Qualität in Bezug auf Personal, Ausstattung oder Essen. Für fünf Prozent jener, die keine Betreuung in Anspruch nehmen, war die Entfernung zu weit. Nur sechs Prozent aller befragten Eltern oder 36 Prozent aller, die keine Betreuung in Anspruch nehmen, wollen ausdrücklich (noch) keine Betreuung außer Haus.

Die Kosten für die Kinderbetreuung sind den Ergebnissen der Umfrage zufolge eine erhebliche Belastung für die Haushalte. Vier von zehn Befragten zahlen monatlich zwischen 100 und 200 Euro, zwei von zehn zwischen 200 und 300 Euro und jeder achte sogar mehr als 300 Euro. Besonders teuer sind Tageseltern und Horte. Jeweils 54 Prozent geben hier mehr als 200 Euro pro Monat aus, bei den Tageseltern muss über ein Drittel sogar mehr als 300 Euro aufwenden. Aber auch bei Ganztagschulen und Krippen muss fast die Hälfte der Eltern 200 Euro und mehr bezahlen.

Für viele Eltern erschweren die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen das Leben. Ein Viertel der Kinder ist nur bis 13 Uhr in der jeweiligen Einrichtung, ein Drittel geht zwischen 13 und 15 Uhr nach Hause. 38 Prozent verlassen zwischen 15 und 17 Uhr die Betreuung, fünf Prozent bleiben länger. Ausgewertet nach Bundesländern zeigt sich, dass der Anteil an der lediglich am Vormittag stattfindenden Betreuung in Vorarlberg am höchsten ist, gefolgt von Steiermark, Tirol und Oberösterreich. Am größten ist die Unzufriedenheit darüber in Kärnten und Tirol.

Wiedereinstieg nach Karenz und Schließtage sind Herausforderungen

Als großes Manko sehen Eltern auch, dass es vor allem für kleinere Kinder Engpässe in der Betreuung gibt, die nicht den Anforderungen eines möglichst raschen Wiedereinstiegs von Frauen nach der Elternkarenz entsprechen. Für 43 Prozent der Befragten war es sehr schwierig oder schwierig, einen Krippenplatz zu bekommen. Auch bei Tageseltern zeigte sich eine ähnlich schwierige Situation.

Eine besondere Herausforderung für die Eltern stellen Schließtage dar, ergibt die Umfrage. Jeder dritte Befragte war mit den Schließtagen wenig oder gar nicht zufrieden, wobei sich das Problem der Schließtage am häufigsten bei der schulischen Nachmittagsbetreuung stellt, wo vier von zehn Eltern eher oder gar nicht zufrieden sind. In Kindergarten und Ganztagschule sind es jeweils drei von zehn Eltern. Am geringsten ist die Unzufriedenheit bei Krippen und Horten.

Aus den Ergebnissen der Umfrage, bei der sich drei Viertel der Befragten mehr öffentliche Mittel für die Kinderbildung gewünscht haben, formulierte die **Arbeiterkammer anlässlich des Tags der Elementarpädagogik am 24. Jänner** die Forderung, hier aufzuholen. Österreich gebe nur 0,67 des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Kinderbildung aus und liege damit weit unter dem EU-Schnitt von einem Prozent, kritisierte die AK. "Wir müssen hier aufschließen, wenn wir nicht wollen, dass unsere Kinder dauerhaft abgehängt werden", sagte AK-Präsidentin Renate Anderl. "Deswegen fordern wir eine Anhebung der Mittel auf den europäischen Schnitt. Das bedeutet über 1,2 Milliarden jährlich mehr, die hier für eine Verbesserung der Kinderbildung zur Verfügung stehen."

[Artikel drucken](#)

[Seite empfehlen](#)

STICHWÖRTER

[Kinder](#) | [Kindergarten](#) | [Schule](#) | [Arbeiterkammer](#) | [Österreich](#) | [Österreichweit](#) | [Gesellschaft](#) | [Menschen](#) | [Bildung](#) | [Politik](#) | [Arbeit](#) | [Sozialpartnerschaft](#) |